

11/SN-300/ME

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,  
JUGEND UND FAMILIE  
PRÄSIDIALABTEILUNG 1  
Zl. 53 0201/43-Pr.1/93**

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 5127869

Sachbearbeiter:  
AR Ing. Cerovsek  
Telefon:  
51 433/1420 DW

Begutachtungsverfahren;  
Entwurf einer Vereinbarung zur Sicherstellung  
der Patientenrechte in Österreich (österreich. Patienten-  
charta)

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 WIEN

GESETZENTWURF	
Zl. 53	-GE/19 P3
Datum: 23. SEP. 1993	
Verteilt: 24. Sep. 1993	

*St. Janitsch*

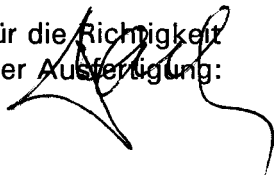
Im Sinne der Entschließung des Nationalrates, betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz erstellten und mit Schreiben vom 9. Juli 1993, Zl. 21.645/7-II/A/5/93, versendeten Entwurf einer Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte in Österreich (österreichische Patientencharta) in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

17. September 1993

Für den Bundesministerin:

Dr. Binder

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,  
JUGEND UND FAMILIE  
PRÄSIDENTIALABTEILUNG 1  
Zl. 53 0201/43-Pr.1/93**

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 5127869

Sachbearbeiter:  
AR Ing. Cerovsek  
Telefon:  
51 433/1420 DW

Begutachtungsverfahren;  
Entwurf einer Vereinbarung zur Sicherstellung  
der Patientenrechte in Österreich (österreich. Patienten-  
charta)

An das  
Bundesministerium für Gesundheit,  
Sport und Konsumentenschutz

Radetzkystraße 2  
1031 W I E N

Zum Schreiben vom 9. Juli 1993, Zl. 21.645/7-II/A/5/93, beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie folgende Stellungnahme zu übermitteln:

Die Sicherung der Patientenrechte wird allgemein begrüßt.

Zu Artikel 25:

Das Wort "sonstigen" kann entfallen, auch wenn Kinder eine Untergruppe der Minderjährigen gemäß § 21 ABGB darstellen. Dagegen könnte sich die besondere Aufklärungspflicht auch auf sonst in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigte Personen erstrecken. Der Gegenstand der ärztlichen Aufklärung wäre hier anzuführen "..... Aufklärung über die Gründe der Untersuchung oder Behandlung ...." oder ähnliches.

Zu Artikel 26:

Zu dieser Bestimmung wird aufmerksam gemacht, daß ein Absehen von einer Zustimmung der Erziehungsberechtigten bei mündigen Minderjährigen mit § 151 ABGB in Konflikt geraten kann, zumal eine ärztliche Behandlung nicht zu den Rechtsgeschäften des täglichen Lebens im Sinn des § 151 Abs. 3 ABGB gehört (siehe Engljählinger, Ärztlicher Behandlungsvertrag, ÖJZ 14-15/93, 488 ff).

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

17. September 1993

Für die Bundesministerin:

Dr. Binder

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

